

Bezugspreis:

Wochenblatt 6.— M., monatlich 18.— M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Be-
zug: Monatlich 12.— M., einjähr. 120.—
M., halbjährlich 60.— M., Unter Abzug für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Emslandgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Luxemburg 3.— M. für
das übrige Ausland 25.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich-
Ungarn, Böhmen, Slowakei, Schwei-
z, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Woll und Felle“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erlaubung und Reisingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tage und Montags einzeln.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die schwebelichten Anzeigenpreise
sind 7.— M. „kleine Anzeigen“
das erste gedruckte Wort 1.— M. (10-
stellige festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.50 M. Großgedruckte
und Schriftsetzungen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50% — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebüh-
ren von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 19. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Besprechung Lloyd George-Briand.

Auftakt zu einer europäischen Konferenz?

Paris, 18. Dezember. (WZ.) Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet seinem Blatte, wie gewöhnlich am Vorabend der periodischen Besprechungen zwischen Frankreich und England sehr man ein sehr ausgedehntes Programm voraus, das wohl kaum im Laufe einer Woche durchgeführt werden könne.

In erster Linie werde man die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener vor, auf Grund dessen das Deutsche Reich Großbritannien gewisse Produkte, wie Farben und andere Materialien, die England nötig habe, liefern und an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands mitarbeiten werde.

Zweitens solle England die französische Schuld, die 557 Millionen Pfund Sterling betrage, annullieren und im Austausch dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es alsdann vernichten werde.

Drittens solle England Frankreich die Ratifizierung des Schutzvertrages vom 28. Juni 1919 anbieten und die Entente in eine Allianz umwandeln unter dem Vorbehalt, daß ein Abkommen über die Seezölle getroffen werde. England würde sich in diesem Falle verpflichten, Frankreich gegen jeden Angriff zur See sicherzustellen.

Viertens endlich sollen die allgemeinen Probleme Europas in wirtschaftlicher und politischer Richtung besprochen werden. Die englische Regierung werde deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der nicht nur die alliierten Länder, sondern auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen. Man glaube in England, wenn Europa gelte, daß es sich nicht um die großen Schmetterlinge handeln zu lassen, würden auch die Vereinigten Staaten sich nicht länger desinteressieren können. Das seien die allgemeinen Gedanken, die man in englischen Kreisen bespreche.

Der frühere Wiederaufbauminister Dr. Walter Rathenau hat sich am Sonntagabend nach London begeben, wo er im Laufe des Sonntags eintrifft.

London, 18. Dezember. (WZ.) Die gesamte Presse hebt die große Bedeutung der heute vormittag beginnenden Konferenz zwischen Lloyd George und Briand hervor und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen der beiden Premierminister zur Einberufung einer internationalen Konferenz der europäischen Mächte unter Einschluß Deutschlands und Rußlands im nächsten Jahre führen werde.

„Observer“ nennt die bevorstehende Konferenz zwischen Lloyd George und Briand die folgenschwerste aller bisherigen. Von ihr hänge nicht nur die Zukunft der Entente, sondern auch die Zukunft Europas ab. Die seit dem Frieden von Versailles verfolgte wahnsinnige Finanzpolitik dürfe von England unter keinen Umständen weitergeführt werden. Das auf dem Friedensvertrag wie ein Wolkenkratzer errichtete Finanzgebäude sei unwiderruflich zusammengebrochen. Durch seinen Reichkanzler, einen gemäßigten und ehrlichen Mann, habe Deutschland mitgeteilt, daß es seine Verpflichtungen nicht erfüllen könne. „Observer“ tritt dafür ein, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen ein Moratorium von 3 bis 6 Monaten gewährt wird, während deren eine europäische Balkonferenz eingehende Untersuchungen über die mögliche Leistungsfähigkeit anstellt.

In der „Times“ heißt es, die Antwort der Reparationskommission auf die Note der deutschen Regierung könne nicht als Ablehnung des deutschen Ersuchens angesehen werden. Die Reparationskommission habe den Gedanken eines Moratoriums nicht verworfen. Es sei zu erwarten, daß die Reparationsfrage auf der Konferenz zwischen Lloyd George und Briand werde erörtert werden, und daß die deutsche Regierung das Ergebnis dieser Erörterung abwarten müsse.

Die Arbeitsgemeinschaft in Revision.

Frankfurt a. M., 18. Dezember. (WZ.) Heute vormittag fand in der Festhalle eine Versammlung der USPD statt, in der Crispian, Longuet-Frankreich, Bracke-Frankreich, Grimm-Schweiz, Wallhead-England, Adler-Oesterreich und Bedebour das Wort ergriffen. Alle Redner wandten sich gegen die Reparationspolitik der Entente, die nur durch Einigkeit des Proletariats aller Länder überwunden werden könne.

Insbesondere hob Grimm hervor, daß nicht nur England und die Vereinigten Staaten unter den Folgen der Arbeitslosigkeit litten, sondern ganz besonders auch die Schweiz, deren Bevölkerung zu einem Siebentel von Arbeitslosigkeit betroffen sei; die Schweiz gehe dem Ruin und der Vernichtung entgegen. Adler-Oesterreich sagte, daß Oesterreich mit Deutschland zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sei. Die Abstimmung in Dedenburg bezeichnete Adler als eine Farce. Longuet-Frankreich nannte die Abrüstungskonferenz in Washington eine Abrüstungskomödie. Die Kapitalisten Frankreichs machten aus der Reparationsfrage ein Geschäft, deshalb lehnten sie die Vorschläge der Arbeiter ab, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Der französische Kapitalist wünsche, daß die Politik des Hasses in seinem Profitinteresse fortgesetzt werde.

wertvolle Grundlage bilden werden. Entsprechend einem von polnischer Seite geäußerten Wunsche wurden dem zuständigen polnischen Ausschuss bestimmte formulierte Vorschläge über die Stellung der religiösen Gemeinschaften übermittelt.

Aussprache im Deutschen Ausschuss.

Sonntag nachmittag empfing der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen den mehr als 60 Vertreter aller Stände umfassenden Deutschen Ausschuss in Oberschlesien zu einer vertraulichen Aussprache über die schwebenden Verhandlungen.

In seinem Begrüßungsworte betonte Reichsminister a. D. Schiffer, daß wahre Demokratie Mitverantwortlichkeit jedes einzelnen Staatsbürgers bedeute und daher die unbedingte Verpflichtung zur Mitarbeit aller für das Gemeinwohl in sich schließe. In diesem Sinne erbitte die deutsche Delegation die für ihre schwere Aufgabe unerlässliche Unterstützung der gesamten deutschen ober-schlesischen Bevölkerung. Mit großer Wärme führte Reichsminister a. D. Schiffer sodann den Gedanken aus, daß das zu so hoher Blüte gebrachte Wirtschaftsleben Oberschlesiens nur erwachsen konnte auf dem Grunde eines starken und gesunden Volkstums. Diese kulturellen und geistigen Kräfte gelte es in erster Linie zu schützen.

Rückschlag am Berliner Devisenmarkt.

Auf die Nachricht von der Abreise Dr. Rathenaus nach London trat am hiesigen Devisenmarkt eine Abschwächung der ausländischen Zahlungsmittel ein, da man diese Reise als ein sehr günstiges Symptom für die Vorgänge in London ansieht. Der Dollar setzte mit 190 ein und ging im Verlauf der ersten Stunden auf 178 zurück. Im Zusammenhang mit dieser Abschwächung des Devisenmarktes trat auch eine Verflauung des Effektenmarktes ein, jedoch hielten sich die Kursentungen in engen Grenzen. Die Spekulation am Effekten- wie am Devisenmarkt zeigte sich ausgesprochen unlustig zu großen Geschäften.

Die Stimme Rosa Luxemburgs.

Kritik des Bolschewismus.

Aus dem Nachlaß Rosa Luxemburgs gibt Paul Levi eine Schrift über die russische Revolution heraus. Diese Schrift ist von Rosa Luxemburg im Sommer 1918 im Gefängnis geschrieben worden, also zu einer Zeit, als der Weltkrieg noch fortwährte, andererseits die russische Bolschewistenherrschaft schon etwa drei Vierteljahre ihrer Existenz hinter sich hatte. Die Schrift Rosa Luxemburgs stellt sich keineswegs als Propagandaschrift für den russischen Bolschewismus dar, sondern als eine — wenn auch nicht feindselige —, so doch sehr herbe Kritik an den Maßnahmen Lenins und Trozkis. Man begreift daher, daß diese Schrift, wie Levi in seiner Vorrede mitteilt, von den kommunistischen Parteipapsten für den Flammentod bestimmt war.

Die persönliche Rechtfertigung Levis, daß er die Schrift überhaupt herausgibt, hat Sinn auch nur gegenüber diesen Leuten, die zwecks Züchtung einer Heiligtumsgläubigen die wahre Meinung einer Toten zu unterdrücken trachteten. Das deutsche Proletariat hat ein Recht darauf, die wirkliche Rosa Luxemburg und nicht eine von der kommunistischen Geschichtsklitterung zurechtgemachte falsche Fenna zu kennen.

Es dürfte für die Eberleinsche Putzschentrale schon allein ein schwerer Schlag sein, wenn man gleich auf den ersten Seiten der Luxemburgischen Broschüre folgendes liest:

Das Erwachen der revolutionären Latenz der Arbeiterklasse in Deutschland kann nimmermehr im Geiste der Bevormundungsmethoden der deutschen Sozialdemokratie jegigen Angebens durch irgendeine Massenorganisation, durch den blinden Glauben an irgendeine fleckenlose Autorität, sei es die der eigenen „Instanzen“ oder die des „russischen Beispiels“ hervorgerufen werden. Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Hurrafform, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen schrecklichen Ernst, die ganze Komplexität der Aufgaben, aus politischer Reife und ungläubiger Selbstständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedenen Vorwänden jahrzehntelang systematisch erstickt wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden.

Mit feherischer Voraussicht hat Rosa Luxemburg hier nicht wie sie glaubte, die Sozialdemokratische Partei, sondern die gewissenlosen Anstifter des Märzputsches fürchtbar verurteilt.

Aber wichtiger ist die positive Kritik, die Rosa Luxemburg an der bolschewistischen Herrschaft übt. Mit großem Scharfsinn weist sie nach, daß die Mittel, mit denen Lenin und Trozki sich zur Herrschaft ausgeschwungen haben, nicht nur keine sozialistischen sind, sondern dem Sozialismus geradezu die Zukunft verbauen. Das gilt namentlich für die Parole Lenins an die Bauern, sich des Landes zu bemächtigen. Rosa Luxemburg schreibt:

Die Parole nun, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern, mußte geradezu nach der entgegengesetzten Richtung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schnidet den Weg zu einer solchen ab, sie führt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf.

In diesem Zusammenhange fällt Rosa Luxemburg auch das herbe Urteil:

Daß sich die militärische Niederlage in den Zusammenbruch und Zerfall Rußlands verwandelte, dafür haben die Bolschewiki einen Teil der Schuld.

Von noch weit höherem Interesse aber ist die Kritik, die Rosa Luxemburg an den politischen Diktaturmethoden der Bolschewiki übt. Wir lassen sie wieder selber reden:

Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte an Stelle egoistischer, Masseninitiative an Stelle der Trägheit, Idealismus, der über alle Leiden hinwegträgt usw. ufm. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger, als Lenin. Nur verzeiht er sich völlig im Mittel: Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikarbeiter, draconische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Mittel, die diese Wiedergeburt verhindern. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demokratisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trozki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungsgesellschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erbliden des politischen Lebens im ganze Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstickt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Geßey entzieht sich niemand. Das öffentliche

Die Verhandlungen in Oberschlesien.

Deuthen, 18. Dezember. (WZ.) Die vereinigten Ausschüsse für Zollwesen, Verkehr, Eisenbahnen und Wasser traten gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Stockhammer im Stadthaus in Deuthen zu einer Vollversammlung zusammen. Die Beratungen, in deren Mittelpunkt die Fragen des Grenzverkehrs standen, nahmen einen befriedigenden Verlauf und werden am Montag unter dem Vorsitz des polnischen Delegierten fortgesetzt werden.

In der Unterkommission für Wasser- und Elektrizitätsfragen fand eine gemeinsame vorläufige Aussprache über die für die ersten Jahre zu schaffende gemeinsame Verwaltung der in Frage kommenden Wasser- und Elektrizitätswerte und des Eigentumsrechtes jedes der beiden Staaten an den Leistungsröhren der Wasserwerke statt. Die dabei berührte Frage der Wasserzweckbezirke wurde zuständigkeitshalber der ersten Unterkommission überwiesen.

In der Kommission für Geldwesen konnte auch gestern noch keine Übereinkunft erzielt werden. Die Verhandlungen werden nach der Weihnachtspause wieder aufgenommen werden.

Die Kommission für soziale Versicherung behandelte die Frage des Oberschlesischen Knappschaftsvereins und nahm für die Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherungen im allgemeinen die von deutscher Seite gemachten Vorschläge an. In einer vorläufigen Besprechung machte der Leiter der deutschen Unterkommission den Vertretern der Gewerkschaften Mitteilung über den bisherigen Verlauf der Beratungen.

In der Kommission für Rechtsfragen wurde in der Beratung der Domizil- und Optantenfragen fortgefahren und die Verhandlungen dann auf den 3. Januar 1922 vertagt.

Die im Laufe der letzten Tage von den einzelnen Mitgliedern der Kommission für Minoritätenrecht im Verein mit den von den zuständigen deutschen Organisationen genannten Sachverständigen geführten internen Besprechungen haben gestern zu einem gewissen Abschluß geführt. Die zur Sprache gebrachten Wünsche und Forderungen haben sich zu bestimmten Anträgen verdichtet, die für die nunmehr weiter anzusetzenden Besprechungen eine

Leben schließt allmählich ein, einige Duzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leidet in Wirklichkeit ein Duzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterklasse wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgerufen, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Claqueurwirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft. Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselnahmen usw.

Von all dem, was die Bolschewisten und auch unsere Kommunisten unter Diktatur verstehen, behält Rosa Luxemburg eigentlich nur den Namen bei, wenn sie ausruft:

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung.

Danach können wir allerdings verstehen, daß die Eberlein-Zentrale dieses gefährliche Dokument am liebsten dem Scheiterhaufen überliefert hätte. So sehr wir uns freuen, daß dies mißglückt ist, so tief beklagen wir auch heute wieder, daß eine militärische Totschlägerbande, die weder wußte, wer Rosa Luxemburg war, noch was sie wollte, diese geistig hochbedeutende Frau erschlagen und damit zur Märtyrerin der Leute gemacht hat, zu denen sie heute, wenn sie am Leben geblieben wäre, im schärfsten Gegensatz stehen würde. Es ist ja bekannt, daß Rosa Luxemburg den Januarputsch auf das entschiedenste verurteilt hat. Wer das Vorstehende liest, der sieht klar, daß sie nicht geschwiegen haben würde, wenn nicht die in aller Gemeinheit obendrein noch bodenlos dumm handelnden Meuchelmörder sie mit Gewalt zum Schweigen gebracht hätten. Die Vogel, Flug-Hartung, Runge und Konforten haben im tatsächlichen Erfolg die Geschäfte der Eberlein und Genossen besorgt. Und wenn schon moralische Argumente der dieser Art Leute nicht verfangen, so sollte dies doch wenigstens eine Warnung für alle künftigen Meuchelmörder sein.

Wilhelms Rechtsfertigung.

In großer Aufmachung veröffentlicht die Rechtspresse einen Schriftwechsel zwischen Hindenburg und dem ehemaligen Kaiser, dessen wesentlichen Inhalt die Frage der Kriegsschuld bildet. Die Briefe rühren aus dem Frühjahr dieses Jahres (März und April) her, und man würde sich vergeblich fragen, was gerade jetzt, nach dreiviertel Jahren Grund zu ihrer Veröffentlichung bieten könnte, wenn nicht ein kleiner Umstand einen Fingerzeig böte: Vor kurzer Zeit sind Wilhelms „Vergleichende Geschichtstabelle“ im Druck erschienen, und da der Schriftwechsel mehrfach auf dieses — nebenbei historisch völlig wertlos — Nachwerk Bezug nimmt, so wird man seine Veröffentlichung als einen buchhändlerischen Propagandatricks am besten charakterisieren.

Ueber das uns im Versailler Vertrag aufgezwungene Schuldbekenntnis ließe sich allerhand sagen. Der Kampf um die historische Wahrheit, die etwa in den Worten Lloyd Georges eingeschlossen liegt, daß alle Staaten mehr oder weniger schuldig sind, ist in den Krieg hineingeschlidert und gestolpert, ist wohl der Anstrengung wert. Aber damit er irgendwelche Aussicht auf Erfolg verspricht, wäre vor allen Dingen notwendig, daß die Leute endlich den Mund halten, die in Deutschland die Fahrlässigkeit auf die Spitze getrieben oder gar den Krieg herbeigewünscht haben. Solange aber gerade sie hinter der Unschuld der großen Volksmehrheit Deckung für ihre persönliche Verschuldung, sei es Fahrlässigkeit oder Vorsatz, suchen, wird damit die Sache Deutschlands von vornherein kompromittiert.

Europäisches System.

Ein lehrreiches Beispiel, wie Europa kolonisiert, und wie das westliche System auf unverdorrene Naturvölker wirkt, gibt Gregor Krause in dem künstlerisch wertvollen Werk „Die Insel Bali“ (Wolfsang Verlag in Hagen i. W.). Er schreibt: „Im Mai 1904 zerbrach in der Brandung an der Südküste von Bali ein kleines chinesisches Segelschiff. Der Eigentümer, ein Chinese, klagte über „Strandraub“ (unter dem aus Land gepflanzten Gut soll sich eine Riste mit 2000 Silberdollar befunden haben). Die Balier schwören, kein Geld am Strande gefunden zu haben. Man verlangt vom Fürsten Genugtuung, er ersucht um Verhandlung vor dem Gerichtshof der Rertha's. Man erklärt ihm den Krieg. Im Herbst 1906 schiffen sich von Java einige tausend Mann europäischer Truppen unter großer Begeisterung des Publikums gegen Bali ein. Einige vergebliche Sängengesänge überzeugen die Balier von der Unmöglichkeit eines Widerstandes gegen europäische Bewaffnung, und sie begeben sich auf ihre Reisfelder, um die unterbrochene Arbeit fortzusetzen. Den Truppen wird willig alles gegeben, was sie verlangen. Die Fürstin mit ihrer Familie aber und alle, die von ihnen Befehlsbefugten oder Unterhalt beziehen, sind entschlossen zu sterben und bereiten sich seit Tagen in Gebeten auf den „Purutan“, d. h. das Ende vor.

Die Truppen nähern sich dem Palaste des Fürsten. Einige alte Frauen und die Kranken, die nicht gehen können, sind mit dem Dolche erstochen worden. Dann schießen aus dem Palaste Flammen empor. Heraus tritt ein seltsamer Zug: Männer in glänzenden Gewändern, rot und schwarz, mit langwallendem Haar, unbedeckt, in dem Gürtel lange goldene Juwelenketten (d. i. Schwerter). In ihrer Mitte festlich geschmückte Frauen, Blumen im Haar, neben ihnen Hunderte von Kindern. Alle tragen den weißen Mantel der dem Tode sich Weibenden. Als letzter erscheint der Fürst auf einem goldenen Stuhl, der von vier Männern getragen wird. Lautlos und langsam bewegt sich der Zug den Truppen entgegen. Etwa 100 Schritt vor ihnen hält er plötzlich an, der Fürst steigt aus seinem Tragstuhl. Ein Schuß aus einem alten Bronzerohr, das explodiert, gibt das Zeichen, und mit erhobenen Zangen und gezückten Schwertern stürzt alles in das Schnellfeuer der Repetiergewehre. Die Artillerie feuert ihre Schrapnelle in den dichten Menschenhaufen. Die Leichen stapeln sich auf und sperren neuen Scharen, die aus dem Palaste treten, den Weg. Boll Grauen schweigt das Feuer der Truppen. Da sieht man einen Mann im Priestergewand mit eisiger Sicherheit den hochgeschwungenen Kris in die Brust von Männern und Frauen stoßen, die sich um ihn drängen. Er wird niedergeschossen, ein anderer übernimmt sein Amt. Verwundete erstrecken sich selbst oder erweisen Sterbenden diesen Dienst, die, von Granaten zerrissen, es nicht mehr selbst können. Neue Massen kommen näher, singend führen sie vor und fallen. Die Soldaten zögern, weiterzuschießen. Da werfen ihnen Frauen einen Regen von Goldstücken entgegen: „Hier habt ihr das Gold, wo für ihr kamt.“ Sie weisen auf ihre Brust, um dorthin getroffen zu werden.

Der Weg zum brennenden Palaste des Fürsten ist frei. C.

Wilhelm, der Chemaße, ist die denkbar ungeeignete Persönlichkeit, um den Kampf gegen das erpreßte Schuldgeständnis des Versailler Vertrages für Deutschland aufzunehmen. Der Mann, der Jahrzehnte lang — wenn auch mehr in ruhmvoller als kriegerischer Absicht — mit seinen bramarbasierenden Reden die Welt in Unruhe versetzt hat, der Mann, der die wahnsinnigsten Randbemerkungen auf den Kriegsaften verfaßt hat, wie „Immer feste das Gesicht auf die Fäße treten!“ usw., er ist der denkbar ungeeignete Verteidiger der deutschen Sache. Denn bei ihm läuft schließlich alles auf die persönliche Rechtsfertigung hinaus — und die ist hoffnungslos, wenigstens in dem Sinne, daß von dem Vorwurf des Größenwahns, der Verblendung, der Kopflosigkeit und absoluten Phantasterei keine objektive Weltgeschichte Wilhelm jemals freisprechen wird. Mit dem simplen Satz „Der Kaiser hat den Krieg nicht gewollt“ ist die Sache für das deutsche Volk nicht erledigt. Der Kapitän, der durch Fahrlässigkeit einen Dampfer zusammenstoß herbeiführt, hat das Unglück auch nicht gewollt, und doch macht man ihn — und mit Recht — hierfür verantwortlich.

Eine persönliche Rechtsfertigung verflucht Wilhelm auch seiner Flucht nach Holland angedeihen zu lassen. Interessant ist dabei, daß er sich auf Hindenburgs Rat beruft. Bisher hat die Rechtspresse Wilhelms Flucht auf den Rat des Generals Groener zurückgeführt und diesen in der wütesten Weise beschimpft. Ob sie diese Beschimpfungen jetzt auf Hindenburg übertragen wird?!

Tagung des Parteiausschusses.

Heute vormittag ist der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammengetreten, um nach einem Referat des Parteivorstehenden Otto Wels und einem Ergänzungreferat Hermann Müllers Stellung zu den schwebenden politischen Fragen zu nehmen.

Weihnachtsvorschüsse für Beamte?

Am Montagvormittag um 10 Uhr haben im Reichsfinanzministerium in kleinem Kreise Besprechungen zwischen Regierungsvorstehern und Beauftragten der Spitzenorganisationen der Beamten und Gewerkschaften begonnen. Nach dem abnehmenden Schreiben des derzeitigen Reichsfinanzministers Dr. Hermes war die gespannte Situation so verschärft worden, daß ein Zustand der Unterbeamten und eines Teils der mittleren Beamten sehr wahrscheinlich wurde. Um jedoch die Not, die gerade in den Kreisen der Beamten und Staatsarbeiter herrscht, zu mildern, die in die untersten Gehaltsklassen eingegliedert sind, hat der Reichsfinanzminister je zwei Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, der Christlichen und der Gewerkschaften (H.-D.) zu sich gebeten, um mit ihnen die Möglichkeit zu erörtern, den Beamten noch vor Weihnachten einen Vorschuß auf das Januargehalt zu zahlen. Die Konferenz findet im kleinsten Kreise statt, weil die Regierungsvorsteher über die innen- und außenpolitische Lage den Gewerkschaftsführern vertrauliche Mitteilungen machen werden. Es ist jedoch auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Frage einer Aufbesserung der unteren Beamtengehälter wenigstens in großen Zügen erörtert wird.

Clemens Delbrück.

In Jena ist am Sonntag der deutschnationale Abg. Clemens Delbrück gestorben, der noch von Wilhelm II. durch den „Schwarzen Adler“ den persönlichen Adel erhalten hatte. Delbrück kam aus dem preussischen Verwaltungsdienst, wurde Oberbürgermeister von Danzig, Oberpräsident von Westpreußen, preussischer Handelsminister und schließlich — im Jahre 1909 — Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers. 1916 schied er wegen Krankheit aus dieser Stellung, wurde aber im Oktober 1918 zum Chef des Zivilkabinetts des Kaisers an Stelle des Reaktionsärs von Berg berufen, um die Ueberleitung der hiesigen Anstalten in die neuen Verhältnisse zu erleichtern. Seine Mission kam aber zu

Jung-Deutschland in der „Iribüne“. Was Berner Schendell, der junge Dichter des Trauerspiels „Marcella“ sagen kann, ist gewiß nicht Beweis eines sehr blühenden Talentes. Der beginnende Menschensucher und Menschengefallter bescheidet sich mit geringen, beinahe hundertfach abgenutzten Problemen. Aber er führt, nachdem er den großen Anlauf auf das Physische genommen hat, tapfer ins Theatralische hinein. Und dieser Zug zur Behagung der Bühnennotwendigkeit scheint darauf hinzuweisen, daß Schendell eines Tages noch ein erträglicher Dramatiker wird. Vorläufig geht es etwas Rippstoll in seinem Stücke zu. Zwei junge Frauen stehen auf der Bühne, beide von dem gleichen Mann zur Mutter gemacht. Nun nimmt die eine, die bürgerlich nicht viel zu weitleren hat, das Frauenkleid auf sich. Die andere, die aus „gutem“ Hause ist, verzweifelt und vertraut sich einer Engelmacherin an. Als nun diese zaghaft mutige Marcella auf dem Krankenbette erwidert, überlebe sie ihre ganzen Verlorenheit. Sie wird nie mehr der Mutterpflicht fähig sein. Es mißt sich im Hochmutsfret die junge Mutter mit der Unfruchtbaren. Die Geschlagene wird verrückt vor Reid und tötet den Säugling. Sie haben beide einen beträchtlichen Windhund geliebt, dem ein drittes Mädel Säure ins Gesicht schleuderte. Dafür hängt sich ein medizinischer Brackenburg von 1921 an die Wälderin des Kindes, das gar nicht das ihrige ist. Und das Giftschloßchen endet sehr schnell und romantisch das Leben dieser Armen. Viel Papier, viel Phrasen, hinter dem Stück ist mehr als in dem Stücke. Trotzdem war es verdienstlich, Herrn Schendell das Kampenschildlein anzuzünden.

Es dienten dem Dichter Hermine Sterler und Rita Parsen. Während Fraulein Sterler der allzuheftigen Pose nicht entgegen mochte, war Fraulein Parsen innig, klar, klippklapp, kräftig im richtigen Moment: Sie ist eine Schauspielerin, deren beginnender Aufstieg die Schwierigkeit des Andrucks überwunden hat.

Berliner Studentenschaft, Kommunismus und Ehrenordnung. In der dieser Tage stattgehabten Sitzung der Studentenvertretung der Berliner Universität wurde unter anderem auch über die durch den Rektor verfügte Auflösung der kommunistischen Gruppe verhandelt. Jacobs betonte, daß es sich um eine Angelegenheit handelte, deren Klärung im Interesse der Studentenschaft liege. Für den Anschlag am schwarzen Brett der Gruppe, der den Kommunisten zum Vorwurf gemacht wurde, seien sie in keiner Weise verantwortlich. Man wolle die mißliebigen Gruppen entfernen. Der Redner forderte, durch eine Entschließung das Rektorat zu einer Keuherung zu veranlassen. Bord (Waffenring) stellte sich auf den Standpunkt, daß nach der Disziplinarordnung der Rektor die Hauspolizeigewalt ausüben und Verleumdungen verbotlich seien. Stein hält dem entgegen, daß durch Ministerialerlass vom 8. November 1918 Vereine nur insofern und soweit verboten werden könnten, als sie auf Vergünstigungen (schwarzes Brett usw.) Anspruch erheben. Eine Gruppe könne der Rektor nicht auslösen. Stein reicht einen Antrag ein, der schärfsten Protest erhebt gegen den Eingriff in die elementarsten Koalitionsrechte der Studierenden. Ueber die Anträge wurde zur Tagesordnung übergegangen. — Als nächster Punkt wurde die „Ehrenordnung“ behandelt. Holländer erklärte sich

spät. Die Zeit Wilhelms war erfüllt. Auch der im Ausgesehen und Kompromissen erfahrene Delbrück konnte nicht mehr gerade machen, was Jahrzehnte an reaktionärer Herrschaft verbogen hatten.

Nach dem Zusammenbruch ließ Delbrück sich mit Posadowsky als „deutschnationaler“ Kandidat in die Nationalversammlung wählen. Aber beide hatten innerhalb der bismarckianisch gerichteten Fraktion schwere Kämpfe zu bestehen. Delbrück, der gleich seinem Gefährten Posadowsky etwas wußte, der zudem ein persönlich anständiger Mensch vom besten Willen war, pochte in die Klopfschlinge der Hergt und Hefflerich nur schlecht hinein. In den letzten Jahren war der kenntnisreiche Mann still geworden im politischen Leben. Er gehörte zwar dem Reichstag nach an — Posadowsky ist ja schon im Juni 1920 abgesetzt worden —, aber er war schon lange vor seinem Tode auch in der deutschnationalen Fraktion ein toter Mann gewesen. Unter den Beamten des wilhelminischen Systems gehörte Delbrück zu den wenigen, die bei aller Unhänglichkeit aus Ueberlieferung doch den Blick nicht absichtlich verfließen vor dem werdenden Neuen.

Reichstagspräsident Löbe richtete an die Angehörigen des Verstorbenen folgendes Beileidstelegramm: „Zum Hinscheiden des Staatsministers und Abgeordneten Herrn v. Delbrück, dem eifrigen Mitarbeiter an der Verfassung von Weimar, spreche ich meine tiefste Teilnahme aus.“

Severing über die „Stinnespartei“.

Duisburg, 19. Dezember. (T.B.) In einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung in Homburg-Hochheide sprach am Sonntagabend der preussische Minister des Innern, Severing, über die politische Lage, die er, zunächst auf Preußen bezugnehmend, dahin charakterisierte, durch die Verbreiterung der Koalition gekennzeichnet werde. In einem hierbei erfolgenden, auf Stinnes bezüglichen Zwischenruf antwortend, sagte Severing, er halte Stinnes auf politischem Gebiet für einen blutigen Diktator, aber diese Einschätzung des Politikers hindere ihn gar nicht, anzuerkennen, daß Stinnes auf wirtschaftlichem Gebiet eine Kraft ist, die wir nicht unterschätzen sollen, die wir leichtfertig zu beurteilen kein Recht haben. Stinnes sei eine Persönlichkeit mit Initiative und Beharrlichkeit, ein Mann, der genau weiß, was er will, und der versucht, mit allen Mitteln seinen Willen und seine Wünsche durchzusetzen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen besprach Severing eingehend die Notwendigkeit der Verbreiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei, da man nach dem Ausfall der letzten Landtagswahlen keine andere Wahl gehabt habe. Die Volkspartei sei nicht nur Stinnes-Partei. Hätte sie nur Männer in ihren Reihen von der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Mannes, dann stände es um unsere Steuern besser. Das sei aber nicht so. In der Volkspartei ständen neben den Großindustriellen Stinnes, Boegler und einigen anderen, auch Tausende von Angestellten und Handwerkern. Severing forderte die Erschließung neuer Steuerquellen, aber so, daß die Lasten nur auf tragfähige Schultern gelegt würden. Die preussischen Finanzen bezeichnete er vorläufig als ziemlich gesund. Schließlich unterzog der Minister noch die Reparationsfrage einer eingehenden Erörterung. Die Ausführungen Severings wurden fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen.

Reaktionärer Hereinfall.

In den Rapp-Logen haben vielfach Arbeiter bei reaktionären Personen Waffenlager und einzelne Waffen beschlagnahmt. Jetzt, nach geraumer Zeit, sind daraus eine Reihe von Zivilprozessen entstanden. Offenbar auf Betreiben irgendeiner Zentralstelle machen die Reaktionsäre, denen Waffen abgenommen worden sind, Schadensersatzansprüche gegen die betreffenden Arbeiter geltend.

In Kiel ist jüngst ein solcher Fall zur Entscheidung gelangt. Nachdem zwei Instanzen die Arbeiter zum Schadensersatz verurteilt hatten, hat das Oberlandesgericht Kiel als höchste Instanz den Anspruch der Kläger zurückgewiesen. Das Oberlandesgericht hat im Gegensatz zu den Vorinstanzen die damaligen tatsächlichen Verhältnisse gewürdigt und daraus gefolgert, daß den Belagten weder eine unerlaubte Handlung noch eine Vernachlässigung der Aufbewahrungspflicht zur Last fällt. Das Urteil dürfte von Bedeutung für die weiteren noch schwebenden Prozesse sein.

im Namen der sozialistischen Fraktion gegen die Ehrenordnung. Diese führe nicht zur studentischen Selbstverwaltung. Es sei unmöglich, von einem Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Studentenschaft zu sprechen, diese sei keine Gemeinschaft, sondern eine Gesellschaft. Die Voraussetzung für eine Gemeinschaft sei die Achtung, und diese bestehe zwischen den Korporationen nicht. In der Ehrenordnung sehe er einen Trennungstrieb zwischen Akademikern und anderen. Der Redner empfiehlt einen Antrag, der sich für die Einsetzung eines Aktionsausschusses ausdrückt, welcher die Aufgabe habe, die trüben Wirkungen des Unterschiedes in religiöser, politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht abzumildern. Billain (Waffenring) bezeichnete Holländers Keuherungen als „anarchistisch“. Der sozialistische Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Diese durch und durch reaktionäre, sozial bornierte und kulturell zurückgebliebene Gesellschaft erhebt den Anspruch, die geistige Blüte der deutschen Jugend zu repräsentieren! Man müßte an der Zukunft Deutschlands verzweifeln, wenn man nicht die Bewußtheit hätte, daß uns glücklicherweise noch andere Quellen der Verjüngung fließen und daß das deutsche Volk seine Führer ganz sicher nicht aus den Kreisen wählen wird, die der muffigen Sphäre dieser „freien Burschen“ entstammen.

Was heißt das auf Deutsch? So möchte man manchmal fragen, wenn man Sportberichte liest. Da heißt es z. B. in einem Sportblatt: „Nach 10 Minuten gibt Gröner eine Vorlage an den Halbrechten Hahn, der aus zwei Meter Entfernung das Leder einschleibt. Ein Eckball wird schon vor dem Gästetor getreten, an einem Pfosten geköpft und dann glücklich abgedreht.“ Was ist ein Halbrechter Hahn? Kann man einen Ball wirklich köpfen und dann abdrehen? Wenn die Jugend, die jetzt alle diese Ausdrücke lernt, in der Schule sozial Sprachstudien hätte treiben müssen, so hätte sie sich wahrscheinlich lebhaft über Ueberbürdung beklagt. Aber wenn sie es freiwillig tut, so ist das natürlich ihre Sache. Man muß nur bedauern, daß so wenig geistiger Gewinn dabei heraus kommt und daß die deutsche Sprache dadurch so verunstaltet wird.

Er liest die letzte Kanone ab. Zu dieser heroischen Tat hat sich, wenn man einem Chicagoer Blatte Glauben schenken darf, ein vierjähriges Knirpschen aus Berlin in Kalifornien aufgerafft. Der Kleine hörte, wie sein Vater zu Hause erzählt, daß an einen Bauern den Weltfrieden nicht eher zu denken sei, als bis die letzte Kanone abgeliefert werde. Diese Keuherung machte dem Kleinen Gewissensbisse, da er in seiner Spielstube eine kleine Kinderkanone stehen hatte. Und da er die Worte des Vaters ernst nahm, packte er schließlich seine Kanone unter den Arm, lief auf die Polizei, ließ sich den Polizeichef herausrufen, lieferte das „Geschütz“ ab und erklärte ernsthaft, er übergebe es, auf daß endlich in der Welt ständiger Frieden herrsche.

Leider besteht nicht viel Hoffnung, daß auch die Erwachsenen in Amerika und sonstwo diesem kindlichen Beispiel folgen werden.

„Tautens Tod“ im Großen Schauspielhaus. In unserer Kolke in der geliebten Kammers liegt uns die Nachricht des Großen Schauspielhauses mit, daß das Drama Tautens, das bisher im Deutschen Theater gegeben wurde, seit Sonnabend in einer Reueinproduktion im Großen Schauspielhaus zur Aufführung kommt.

Die Nachsitzung des Reichstags.

(Schluß aus der Sonntagsausgabe.)

Nach 11 Uhr nachts kommt die Angelegenheit der Festungsgefangenen in Niederschönenfeld zur Sprache.

Der Ausschuss schlägt eine Erklärung vor, in der es heißt, der Reichstag nimmt Kenntnis von der Erklärung des Reichsjustizministers, daß in eine eingehende Prüfung der Urteile der Sondergerichte sofort eingetreten werden soll und erwartet eine schnelle Durchführung und Berichterstattung über die Ergebnisse dieser Prüfung.

Ein Antrag der sozialistischen Parteien fordert die Regierung auf, bei der bayerischen Regierung die Genehmigung zur Befreiung der Strafanstalt Niederschönenfeld einzuholen.

Reichsjustizminister Rodbertus erklärt, daß von 123 Sondergerichtsurteilen nur noch 14 nicht nachgeprüft sind. Die Reichsregierung ist bereit, an die bayerische Regierung das Ersuchen zu richten, eine Befreiung der Strafanstalt Niederschönenfeld zu gestatten.

Bayerischer Bevollmächtigter v. Preger erklärt, daß die bayerische Regierung aus grundsätzlichen (!) Erwägungen nicht in der Lage ist, in eine parlamentarische Erörterung über die Zustände in Niederschönenfeld vor dem Reichstage einzutreten. Das ist nicht Reichs-, sondern Landesache.

Um 12 Uhr kommt es zu großen Bärmiszenen, als Abg. Rosenfeld (N. Soz.) die bayerische Regierung eine Schandregierung nennt (Ordnungsruß.) und von einer bayerischen Mörder- und Lügengentrale spricht. Die Rechte rufen: „Puff! und es erlöset der Ruf: „Juden raus!“ Die Kommunisten führen aus ihren Bänken und geben drohend gegen rechts vor. Der Präsident schafft nur mühsam Ruhe.

Präsident Löbe warnt den Abg. Rosenfeld vor solchen Zügellosigkeit, weil sie dazu führen können, daß die Vertreter der Länder überhaupt nicht mehr antworten. (Lebh. Zustimmung.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen; der Antrag über Niederschönenfeld wird abgelehnt.

Die Diätenvorlage, die für die Abgeordneten eine Teuerungszulage von monatlich 2000, für die Berliner von 1500 M. vorsieht (bisher 500 bzw. 1000 M.), wird debattiert gegen die Deutschnationalen angenommen. — Damit schließt um 12 Uhr nachts die Sitzung. Der Präsident beantragt sofort eine neue Sitzung auf 11 Uhr an: Dritte Lesung des Etats, Erhöhung der Postgebühren und Diätenvorlage.

153. Sitzung, Sonntag, den 18. Dezember 1921, 11 Uhr morgens.

Die am Schluß der 152. Sitzung angeführten Gesetzentwürfe werden in dritter Lesung angenommen. Der Präsident erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung bis spätestens 19. Januar 1922 anzusetzen. Schluß 1 Uhr.

Klein Karnaval. Das badische Ministerium des Innern hat für 1922 alle karnevalistischen Veranstaltungen verboten.

Im französischen Senat erklärte Kriegsminister Barthou, die für den März in Aussicht genommene Entlassung der Jahresklasse 1920 könne nicht erfolgen, da Frankreich sich für die Monate Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber befinden und deshalb alle seine militärische Kraft nötig habe.

Die Abstimmung in Oedenburg. Wie das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro mitteilt, ist das durch die Entente-Kommission festgestellte Ergebnis der Oedenburger Abstimmung folgendes: für Ungarn 15343, für Oesterreich 8227 Stimmen. In der Stadt Oedenburg und dem angegliederten Brennbürg seien allein 7300 Stimmen für Ungarn abgegeben worden.

Der Mordmord in Kleppelsdorf.

Bei dem ärztlichen Gutachten legt Kreis-Medizinalrat Dr. Peters-Liebenberg den von ihm festgestellten Befund zugrunde. Vorher ersucht er den Vorsitzenden, an den Angeklagten die Frage zu richten, ob er wünsche, zu seinen Ausführungen Stellung zu nehmen und zu diesem Zweck aus der Anklagebank zu treten. — Angekl.: Ich habe bereits gesagt, daß ich keine Erklärungen mehr abgebe.

Im Saale steht ein Modell mit dem roten Flanell-Hemde und der weißen, blutbefleckten Schürze der Dorothea Kohrbe. Mittels eines Projektionsapparates werden bei vermindertem Saallicht die von den Leichen der erschossenen Mädchen vorgeführt. Dr. Peters: Alle die Schüsse sind aus mehr als 15 Zentimeter Entfernung abgegeben worden, damit ist die Möglichkeit eines Selbstmordes der Ursula von vornherein ausgeschlossen. An dem Mord der Dörte fand ich mehrere Schußlöcher, eins an der rechten Achselhöhle, drei an der Brust. Das erste ist eine Einschüßung, die drei anderen Einschüßungen, die sich dadurch erklären, daß das Kleid an der Brust halten hatte. Am Halse und an der Brust habe ich mehrere Verletzungen festgestellt. Bei der Ursula fand ich eine Einschüßung an der rechten Augenbraue, außerdem ein im Gehirn steckengebliebenes Geschloß. Bei Dörte ist ein Geschloß unter der Stirnhaut gefunden worden. Ich habe schon damals dem Angeklagten gesagt, ob er mit der Waffe, die er aufgehoben haben will, etwas gemacht habe. Er antwortete mir: „Daß ich nicht wüßte“. Nach dem Befunde hat

Dörte zuerst den Brustschuß

erhalten, der durch den Hals in den hinteren Rosenkranzraum einbrang. Die zweite Verletzung war erfolgt durch den Schuß in den Hinterkopf. Die Ursula ist nach dem Schuß sofort handlungsunfähig gewesen; sie ist sofort zusammengesunken und hat keine geordneten Bewegungen mit der Hand mehr ausführen können. Bei der Ursula wurden am Hinterkopf Hautabrisse und eine Schwellung gefunden, die beweisen, daß sie bald nach dem Schuß gegen den Schenkel gefallen ist. Es ist kein Zweifel, daß Ursula an der Stelle, wo sie aufgefunden wurde, den tödlichen Schuß erhalten hat. Gegen einen Selbstmord der Ursula sprechen die Begleitumstände, nämlich der Fundort der Patronenhüllen. Ursula hat, als auf sie gezielt wurde, den Kopf erschreckt rückwärts geneigt, wie der Verlauf des Schußkanals erweist. Hätte sie sich selbst geschossen, müßte der Verlauf des Schußkanals ein anderer sein. Der Täter hat auf sie geschossen, als er in der Nähe der zusammengekauerten Dörte stand. — Der Sachverständige zeigte an einem Menschenmodell die Ein- und Ausschüßungen. — Kreis-Medizinalrat Dr. Scholz-Hirschberg pflichtet dem vorstehenden Gutachten bei. Auch nach seiner Ansicht handelt es sich nicht um Nachschüsse. — Geheimrat Dr. Lesser-Breslau hält die Mitwirkung einer fremden Hand für erwiesen. — Geheimrat Professor Dr. Moll-Berlin gibt dann ein ausführliches Gutachten, das im besonderen auf die Fragen

Hypnose und Wissensbestimmung

näher eingeht. — Der Staatsanwalt bittet, Wilhelm Gruppen nicht zu verurteilen, da nach seiner Ansicht dieser auch bei dem Verschwinden seiner Schwägerin die Hand im Spiele hat. Das Gericht beschließt, den Zeugen nicht zu verurteilen.

Dann wird der Zeuge Kolporteur Klätte aus Iphoe vernommen, der aussagt, daß er gesehen habe, wie wenige Tage vor dem Mord nach Ottendahl der Angeklagte seine Frau, die zur Tür herauswollte, zurückgehoßen und die Hand zum Schloß erhoben habe. Dann wurde die Türe zugemacht, und er hörte aus dem Innern des Hauses einen Schrei.

Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf Montag 10 Uhr vertagt, wo zunächst noch einige Zeugen, anfangs unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vernommen und dann gleich mit dem Präsidenten begonnen werden soll, die ohne Pause, vielleicht aber auch mit teilweisem Ausschluß der Öffentlichkeit, durchgeföhrt werden sollen. Das Urteil ist in der Nacht zum Dienstag zu erwarten.

Groß-Berlin

Ein „flammender“ Protest.

Kundgebung gegen den Leseschund.

Die als Abschluß der Neuköllner Jugendpflegewoche gedachte öffentliche Verbrennung von 30000 Schmölkern, die von Schulkindern Neuköllns beim Jugentag abgelesen und gegen bessere Lektüre eingetauscht worden waren, hat am Sonntag um 2 Uhr nachmittags auf dem Tempelhofer Feld stattgefunden. Der Sturm, der einen Regenschauer nach dem anderen über die weite Fläche peitschte, konnte das Vernichtungswerk nur erschweren, aber nicht hindern. Unbarmherzig zerkaute er die jugendlichen Teilnehmer, die zu vielen Hunderten aus Neukölln zusammengeströmt waren; doch alle hielten tapfer stand. Stadtrat Schneider-Neukölln, der Dezernent des Jugendamts, wies in einer Ansprache auf den Sinn dieses Zerstörungsaktes hin, und die 30000 Schmöler wurden den gierigen Flammen übergeben.

Man kann fragen, ob in einer Zeit des Papiermangels es nicht richtiger gewesen wäre, den ganzen Kram an eine Papiermühle zum Einstampfen abzuliefern. Gemäß dem Standpunkt der Volkswirtschaftslehre mag es zu bedauern sein, daß die Rohstoffwerte durch Feuer vernichtet wurden. Aber der Schaden wird, denken wir, reichlich aufgewogen durch den Gewinn, den von dem feierlichen Verbrennungsakt die Jugendpflege und ihr Kampf gegen den als „Jugendlektüre“ verbreiteten Schund haben wird. Dieser wirklich „flammende“ Protest gegen die Schundbücher, mit denen man uns die Kinder verdirbt, mußte auf alle Teilnehmer einen ungewöhnlich starken und sicherlich nachhaltigen Eindruck machen. Die Verbrennung der Schmöler hat eine symbolische Bedeutung, und bei der Erinnerung an den einprägsamen Vorgang soll den Kindern immer wieder die Mahnung sich erneuern, daß Leseschund wertlos ist, vernichtet zu werden.

Ein goldener Sturmsonntag.

Der gestrige Sonntag stand unter dem Zeichen eines teilweise orkanartigen Sturmes, der an zahlreichen Stellen Berlins erheblichen Schaden angerichtet hat. Bereits in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag verursachte der überaus heftige Wind auf den freien Plätzen, im Tiergarten und in den Parksanlagen der Stadt zahlreichen Windbruch und richtete auch an den Bäumen der Weihnachtsmärkte erheblichen Schaden an, der um so schwerer trifft, als die davon Betroffenen meist kleine Handelsleute sind, die auf Wochenmärkten usw. ihr Gewerbe im Limmerziehen betreiben. Auf dem Weihnachtsmarkt in der Warschauer Straße stand gestern morgen kaum noch eine Bude, die ohne wesentliche Beschädigungen die Sturmnacht überstanden hatte. — An zahlreichen anderen Stellen der Stadt wurden große Spiegelscheiben eingedrückt, und auf den Straßen lagen Ziegel und große Stücke der Dachbedeckungen, Dachpappe usw., die im Laufe der Nacht und in den Morgenstunden vom Wind losgerissen und entführt worden waren. — Der Geschäftsverkehr, auf die Kaufleute so große Hoffnungen gesetzt hatten, war infolge des überaus windigen Wetters äußerst schwach und belebte sich erst in den Nachmittagsstunden, als sich der Sturm etwas gelegt hatte.

Fast stärker noch als im Innern der Stadt hat der Sturm gestern in den Vororten gewütet und zum Teil recht erheblichen Schaden angerichtet. Ein größerer Materialschaden ist durch den Sturm in Buchholz angerichtet worden. Kurz nach 12 Uhr nachmittags riß dort in der Rosenthaler Str. 15 der Sturm vom Dach des Hinterhauses zwei Schornsteine um, die das Hinterdach völlig zerstörten.

Infolge der stürmischen Witterung sind 180 der von Berlin ausgehenden Fernspreleitungen gestört. Gänzlich unterbrochen ist der Fernsprechverkehr mit Gleiwitz, Beuthen, Rattowitz, Hirschberg in Schlesien, Emsenmünde, Stralsund, Oldenburg, Ebersfeld, Kolberg, Köslin, Flensburg, Rostock, Anklam, Stettin, Arnswalde, Insterburg, Königsberg i. Pr., Osterode, Küstrin. Im Fernsprechverkehr mit dem Auslande fehlt die Verbindung mit Budapest, Rotterdam, Kopenhagen und Schweden.

Ebenso bestehen im Verkehr des Haupttelegraphenamts nach außerhalb Störungen nach allen Richtungen, in besonderem Umfange nach West- und Süddeutschland. Der Telegraphenverkehr nach dem Auslande ist unterbrochen mit den drei nördlichen Ländern, ferner mit Wien, Budapest und Italien.

Für die Letzten in Avignon.

„Auf zur Avignon-Kundgebung“, dieser Ruf der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hatte eine zahlreiche Gefolgschaft gefunden. Trotz der Unfreundlichkeit des Wetters hatten sich Gruppen zu Straßenumzügen gesammelt, die am Sonntag morgen geschlossen in den Zirkus Busch marschierten, der außerdem noch das Ziel vieler anderer Gleichgesinnter geworden war. Die Organisation erwies sich als stark und zweckentsprechend.

Genosse Erwin Barsani, der 1. Bundesvorsitzende der RGR, hinter der mehr als 450000 Mitglieder stehen, machte auf die Bedeutung der Gedächtnisfeier aufmerksam. Er betonte, daß allein schon im Interesse des besseren Verständens der Völker die Freilassung der Gefangenen unbedingt erforderlich sei. Am 1. Dezember d. J. schmachteten noch 56 in Avignon. Inzwischen wurden drei freigelassen, so daß Weihnachten 1921 noch 53 dieser unglücklichen hinter Kerkermauern verbringen müssen. Der Redner erläuterte dann den geschichtlichen Werdegang, unter scharfer Hervorhebung, daß es sich bei diesen Gefangenen nicht um Verbrecher handele, sondern um Flüchtlinge, die während ihrer Flucht geringfügige Verstöße gegen das Gesetz verübten. Moralisch sind diese Vergehen überhaupt nicht als Schuldhandlungen zu betrachten. Daher muß im Namen der Menschlichkeit die Freilassung dieser Gefangenen gefordert werden.

Als zweiter Redner sprach Reichstagspräsident Genosse Paul Lobe. Er hatte für die noch in der Gefangenschaft befindlichen Brüder nicht nur Worte des Gebetens, sondern er gab auch die Versicherung der Treue ab. Die Menschheit ist zwar noch weit entfernt von der Solidarität, keines ihrer Glieder leiden zu lassen, aber wir müssen immer unsere Stimme im Namen der Menschlichkeit erheben und der Redner sprach auch für diejenigen unserer Brüder, die bei den inneren Kämpfen unseres Landes, die Freiheit verloren. Dem Präsidenten der französischen Republik und dem französischen Ministerpräsidenten jedoch rufen wir zu: „Ihr führt zu Abrüstungs- und Friedenskongressen, macht endlich dem Kriegszustand ein Ende, indem ihr uns unsere Gefangenen gebt!“

Von starker Wirkung waren ferner Ernst Friedrichs Redaktionen. „Kein Volk, kein Mensch in Tyrannei, gebt uns frei“, das war der Grundton aller Vorträge. Stimmungsvolle Umräumungen der Veranstaltung boten musikalische Darbietungen, und zwar Gesangs-vorträge des Männerchors „Harmonie“, SPD-Charlottenburg, Chormeister Max Schaarschmidt, und Musikstücke des Tonkünstlerorchesters, Kapellmeister Karl Zimmer.

Das Rätsel einer Todesnacht.

Bater und Tochter durch Gas vergiftet.

Im Osten Berlins, nahe dem Schlessischen Bahnhof, in der Wriezener Str. 24, hat sich eine bis zur Stunde noch unaufgeklärte Familientragödie abgespielt. Eine Frau Glöck alarmierte am Sonntag früh die Bewohner des Hauses Wriezener Str. 24. Es stellte sich heraus, daß der frühere 64 Jahre alte Ehemann der Glöck, von dem

sie geschieden war, bei dem sie aber zu Besuch weilte, sowie ihre 15jährige Tochter infolge Gasvergiftung verstorben waren, während sie selber keinerlei Vergiftungserscheinungen aufwies. Ein herbeigerufener Arzt stellte dann fest, daß der Tod bei Vater und Tochter schon vor 13 Stunden eingetreten sein mußte. Da die Frau Glöck sich in Widerspruch verwickelte, wurde sie von der Kriminalpolizei festgenommen; sie sagte bei ihrer Vernehmung folgendes aus:

Seit 13 Jahren lebe sie von ihrem Manne getrennt, habe ihren zweiten Ehemann aber wieder verlassen und sich jetzt seit etwa drei Wochen ungemeldet wieder bei ihrem ersten Manne aufgehalten, weil dieser die Tochter bei sich haben wollte. Am Sonnabendabend hätten sich alle drei in der Küche schlafen gelegt. In der Nacht sei die Tochter wachgeworden und habe einen Gasgeruch verspürt. Der Vater sei aufgestanden und habe den Hauptkahn auf dem Flur geschloßen. Alle drei hätten dann weitergeschlafen. Bald darauf sei sie aber wieder aufgewacht und hätte immer noch den starken Gasgeruch wahrgenommen. Nun will sie in der Nacht um Hilfe gerufen haben, ohne aber die Fenster zu öffnen, um das Gas herauszulassen oder die Tochter bzw. ihren Mann zu wecken. Sie selbst habe sich dann auf dem Flur aufgehoben. Morgens habe sie dann gemerkt, daß beide tot waren.

Bei der Darstellung dieser Vorgänge verwickelte sie sich aber insofern in Widersprüche, als sie zuerst auslegte, daß sie schon in der Nacht gesehen habe, daß die Tochter und der Vater bemühtlos gewesen seien. Es besteht der dringende Verdacht, daß sie beide absichtlich mit Gas vergiftet hat, und zwar schon früher als in der Nacht vom Sonntag. So ist Schreiber, der sonst regelmäßig seine Mahlzeiten in einem benachbarten Lokal einnahm, dort schon am Sonnabend nicht erschienen. Auch die Tochter war am Sonnabend nicht auf der Arbeitsstelle erschienen. Als die Nachbarn in die Wohnung kamen, haben sie von einem Gasgeruch nichts mehr verspürt. Zur völligen Aufklärung des rätselhaften Falles wurden die Leichen beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

Frau Glöck wurde unter dem dringenden Verdacht des Doppelmordes verhaftet. Zur weiteren Aufklärung des Falles ist es dringend erforderlich, daß sich alle Personen, die die Verstorbenen vielleicht noch am Sonnabend gesehen haben, bei Kriminalkommissar Bürger im Berliner Polizeipräsidium melden, ebenso die, die über das Verhältnis der früheren Eheleute genauere Auskunft geben können.

Die geplätteten Tausendmarkscheine.

Reiche Beute hatten Einbrecher bei einem Schneidemeister in der Raunagstraße gemacht. Außer Stoffen usw. waren ihnen 87000 Mark in Tausendmarkscheinen in die Hände gefallen. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf die Pförnerfrau B.; sie wurde beobachtet und dabei ergab sich, daß sie in Verbindung mit einem gewissen Jochimski in Neukölln stand. Bei den Verhaftungen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, die aber zunächst nichts ergaben. Als dann auch noch die Wohnung der Geliebten des Jochimski durchsucht wurde, stießen die Kriminalbeamten auf eine Menge Papiergeld, das auffallend glatt war, trotzdem ihr Feuchter erkennen ließ, daß sie gar nicht mehr neu waren. Dieses Geld wurde beschlagnahmt und dem bestohlenen Schneidemeister vorgelegt. Zu keiner freudigen Ueberraschung erkannte er das Papiergeld im Betrage von 25000 M. bestimmt als sein Eigentum wieder. Der Schneidemeister hatte die Gewohnheit, am Sonnabendabend nach der Arbeit alle zerklüfteten Geldscheine mit dem Bügeleisen aufzu- plätten. So hatte er Tausend- und Hundertmarkscheine sein säuberlich geplättet. Die Verhafteten bestreiten zwar noch immer, durch die Beschlagnahme der geplätteten Scheine aber sind sie allein bereits hinreichend überführt.

Der Warenverfolgung des Gewerkschaftsbundes ist es gelungen, aus billigen Beständen des Reichs noch eine größere Menge Waren hereinzukassieren. Insbesondere ist es den Bemühungen der Berliner Gewerkschaftskommission und dem preussischen Minister des Innern zu verdanken, wenn diese Bestände nächste Woche in den Berliner Verteilungsstellen des ADGB weit unter dem Tagespreis abgegeben werden können, um der Vorkriegsnot damit gerade in der Zeit der empfindlichsten Kälte zu begegnen. Man kann diese Aktion wieder als vollen Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit ansprechen.

Städtisches Kino in Reinickendorf. Das Volkshauskino am Reinickendorf eröffnet zu Weihnachten in der Jugendhalle ein Kino, das zunächst zweimal in der Woche Abendvorstellungen für Erwachsene geben soll. Die Auswahl der Filme wird nach künstlerischen Gesichtspunkten erfolgen. In erster Linie aber ist die Einrichtung gedacht als Lehr- und Anschauungsstätte für die Schulen.

Ein Fest der Winterjohannisnacht begeht die Ortsgruppe der Freireligiösen Gemeinde am Donnerstag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr, im Stadttheater zu Köpenick.

Die sozialistischen Elternbeiräte, Bezirksführer und Bezirksverordneten des 18. Verwaltungsbereichs Wehenes haben sich heute Montag, den 19. d. M., abends 6 Uhr, im Goldenen Saal des Realgymnasiums zu einer gemütlichen Sitzung zusammen. Es fand ein Vortrag des Genossen Dr. Karren statt über die Aufgaben der Kommune in Schul- und Erziehungssachen. Vereinstätigkeit wurde legitimiert.

Bezirksbildungsamt für Groß-Berlin. 3. Konzerti am Montag, den 26. Dezember (zweiter Weihnachtsfesttag), nachmittags 3 Uhr, im Alten Garnisonkloster, Neue Friedrichstraße, „Weihnachtliche Konzerte“, mit Professor Hülst, Leiter des hiesigen Instituts für Kirchenmusik, Professor Henning (Ritornelle des Orchesters der Staatsoper (Oboe), Fritz Meiner (Orgel), der Kapellmeister. Sofort die Karten einlösen. Einzelpreis 6,50 M. im Bureau des Bezirksbildungsamtes, Lindenstraße 3, 2. Hof, 4. Tr., Zimmer 12, und bei den Mitgliedern der Bezirksbildungsämter und am Tage des Konzerts in der Sakristei der Kirche. — Am Sonntag, den 25. Dezember (erster Weihnachtsfesttag), nachm. 2½ Uhr, im Theater am Silesiaplatz „Nesse Reind“, von Ernst Koller. — Montag, den 26. Dezember (zweiter Weihnachtsfesttag), nachmittags 3 Uhr, im Neuen Volkstheater, Köpenicker Str. 65, „Die Wälder“, von Emil Hübner. Karten à 6,50 M. einschließlich Garderobe. — Das hiesige Marionettentheater des Bezirksbildungsamtes spielt heute in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16/17, nachm. von 3 bis 5 Uhr, „Der Prinz von Danien“ und „Die lustige Tragödie von Dr. Faust“, von 7—9 Uhr abends „Das Puppenpiel Dr. Faust“, Karten an der Kasse.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas kühler, zeitweise heiter bei trübem westlichen Winden, nachher neue Erwärmung, Trübung und Regenschnee.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Morgen, Dienstag, 20. Dezember:

- 4. Wkt. (Fr. 15.) 7½ Uhr bei Wilsdorf, Neue Friedrichstr. 108, Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsratsvorsitzenden.
- 7. Kreis, Charlottenburg. Wöchentlich 7 Uhr Kurios des Gen. Zirkus über: „Einführung in die Verfassung von Reich, Staat und Kommune.“
- 6. u. 11. Wkt. 7 Uhr Weihnachtsfeier.

Sport.

Radrennen im Sportplatz. Der für Sonntag angelegte gemeinliche Zweikampf Remanow-Lorenz erwies sich als eine ganz besondere Zugkraft; alle Klänge der Winterbahn waren dicht belegt. Remanow, der Spezialist der kleinen Bahn, gewann den Kampf überlegen vor Lorenz. In einem 60-Kilometer-Punktfahren behauptete sich Adolf Hoffmann den Sieg knapp vor Dahn. Ein Wettkampf gewann dann während in ebendemselben Stil vor Diepel und in einem 60-Runden-Entscheidungsfahren gelang es Diepel vor Schulz und dem Schweizer Graf den Sieg davonzutragen. Ergebnisse: 3. Weltkampfpokal Remanow-Lorenz, 1. Lauf über 5 Runden: 1. Lorenz, 2. Remanow; 2. Lauf über 8 Runden: 1. Remanow, 2. Lorenz (1 Länge); 3. Lauf über 10 Runden: 1. Remanow, 2. Lorenz (10 Längen). Sieger: Remanow vor Lorenz. 60-Kilometer-Punktfahren: 1. Hoffmann mit 31 Punkten in 1 Std. 30 Min., 2. Dahn 30, 3. Kopf 28, 4. Krupat 11, 5. Stolz 10, 6. Vante 10 Punkte. 3. Lauf über 10 Runden: 1. Behrendt 2 Min. 52½, 2. Diepel, 3. Krahnert, 4. Runden (Dänemark). 50-Runden-Entscheidungsfahren: 1. Graf, 2. Schulz, 3. Graf (Schweiz), 4. Amort.

